SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Der Afghanistan-Konflikt: Bewährungsprobe für die Sicherheitspolitik von Barack Obama

Hanif, Melanie

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Hanif, M. (2010). *Der Afghanistan-Konflikt: Bewährungsprobe für die Sicherheitspolitik von Barack Obama.* (GIGA Focus Global, 6). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275041

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

Nummer 6
2010
ISSN 1862-3581

GLOBAL

Der Afghanistan-Konflikt – Bewährungsprobe für die Sicherheitspolitik von Barack Obama

Melanie Hanif

In den USA läuft der Wahlkampf für die Zwischenwahlen im November 2010 an. Der Afghanistan-Konflikt wird hierbei als eines der wenigen außenpolitischen Themen eine zentrale Rolle spielen. Die Demokraten in den USA hoffen, dass sich die Kabuler Afghanistan-Konferenz am 20. und 21. Juli 2010 positiv auf ihre Chancen im Wahlkampf auswirken wird.

Analyse

Die aktionistischen Jahre der Präsidentschaft von G. W. Bush waren von außenpolitischen Alleingängen, Missionen zur weltweiten Durchsetzung von Demokratie und militärischer Gewalt geprägt. Barack Obama tritt auf internationalem Parkett zurückhaltender auf und versucht, die amerikanischen Verpflichtungen zu reduzieren. Dabei steht der Afghanistan-Konflikt im Mittelpunkt. Am zügigen und reibungslosen Abzug der amerikanischen Truppen wird der außenpolitische Erfolg der Präsidentschaft von Obama gemessen werden.

- Barack Obama verzichtet auf die weltweit gefürchteten politischen und militärischen Alleingänge seines Vorgängers. Ein reduziertes amerikanisches Engagement sowie eine Politik der gerechteren Lastenverteilung innerhalb des transatlantischen Bündnisses führen jedoch unweigerlich zu neuen Konflikten.
- Für die außenpolitische Bilanz von Obama ist die Entwicklung in Afghanistan außerordentlich wichtig, gerade weil symbolträchtige Projekte wie die Schließung des Gefangenenlagers auf Guantánamo und die Öffnung gegenüber Iran nur schleppend umgesetzt werden.
- Die Obama-Administration konzentrierte sich seit ihrem Amtsantritt auf Anpassungen der Afghanistan-Strategie, die bis zu den Zwischenwahlen 2010 erste Erfolge bringen sollen. Dabei setzt sie auf eine Truppenaufstockung und einen Wechsel zu einer *Counterinsurgency*-Strategie (COIN). Beide Elemente bergen Risiken und haben sich (noch) nicht bewährt.
- Von Obamas Plan, die amerikanische Afghanistan-Strategie in ein umfassendes politisches Konzept für die gesamte Region einzubetten, ist wenig geblieben. Regierungslager und Aufständische in Afghanistan und den Nachbarregionen richten sich auf die Situation nach dem angekündigten Truppenabzug 2011 ein. Afghanistans Präsident Hamid Karzai stellte auf der Kabul-Konferenz im Juli 2010 in Aussicht, dass afghanische Kräfte bis zum Jahr 2014 die Hauptverantwortung für die Sicherheit in ihrem Land übernehmen könnten.

Schlagwörter: *US-Sicherheitspolitik, Barack Obama, Afghanistan-Konflikt*

open access

Abkehr vom Erbe der Neocons

Als Barack Obama im Januar 2009 sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika antrat, war die Hoffnung auf einen politischen Neuanfang weltweit groß. Sein Vorgänger, George W. Bush, und dessen republikanische Administration hatten auf internationalem Parkett den Eindruck hinterlassen, eine kleine Gruppe Neokonservativer hätte die amerikanische Exekutive gekapert, um ihre engstirnige Agenda durchzusetzen (Kagan 2008). Das oftmals unilaterale und teilweise gewaltsame Vorgehen der *Neocons* hat traditionelle Bündnisse erschüttert und die USA in kostspielige Kriege getrieben, die ihren Ruf schwer beschädigt haben.

Entsprechend enthusiastisch feierten ein wirtschaftlich und moralisch ausgelaugtes Amerika ebenso wie verprellte internationale Partner (vor allem im „alten" Europa) Obama als neuen Hoffnungsträger. Kaum war er im Rennen um das Präsidentenamt gestartet, wurde er bereits zum neuen „Kennedy" stilisiert (Schneider 2006) und erhielt nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt den Friedensnobelpreis. Die Begeisterungswelle für Obama bot zum einen die Chance auf einen politischen Neuanfang, barg aber auch die Gefahr, dass Obama zur Projektionsfläche für zahlreiche widersprüchliche Wünsche nach Wandel wurde. Während er diese Wünsche mit seiner „*Change*"-Kampagne für seinen Wahlerfolg zu nutzen wusste, bringen ihn die überzogenen Erwartungen jetzt in Bedrängnis. Angesichts hoher Arbeitslosenzahlen und explodierender Staatsschulden sank die Zustimmung für Obama während seines ersten Amtsjahres so stark, wie dies noch bei keinem amerikanischen Präsidenten in den letzten fünfzig Jahren der Fall war. Für die im Herbst anstehenden Zwischenwahlen droht den amerikanischen Demokraten der Verlust ihrer Mehrheit im Parlament (Cook 2010: 183-86).

Traditionell spielt die Außenpolitik im Wahlkampf in den USA zwar eine geringere Rolle als beispielsweise Wirtschaftsfragen. Dennoch zeichnet sich gegenwärtig der Afghanistan-Konflikt als zentrales sicherheitspolitisches Thema ab, an dem der Erfolg Obamas gemessen wird. Obama selbst hat die Stabilisierung der Lage am Hindukusch zu einem Hauptanliegen seiner Präsidentschaft gemacht. Die von ihm vorgenommenen Anpassungen der Afghanistan-Strategie – in erster Linie eine Truppenaufstockung und der Wechsel zu einer *Counterinsurgency*-Strategie (COIN) – sind darauf ausgelegt, bis zu den Zwischenwahlen 2010 eine erste Erfolgsbilanz zu ermöglichen. Die Anzahl ziviler Opfer bei Einsätzen der internationalen Truppen konnte im Jahr 2010 reduziert werden. Allerdings führten die eskalierende Gewalt in einigen afghanischen Provinzen ebenso wie die steigende Zahl gefallener Soldaten zu Zerwürfnissen innerhalb der US-Regierung sowie zwischen Regierung und Armeeführung. Der Wechsel in der Kommandospitze der in Afghanistan stationierten NATO- und US-Truppen von Stanley McChrystal zu David Petraeus gilt als Versuch Obamas, im Vorfeld der Wahlen seine Führungsrolle als Oberbefehlshaber zu unterstreichen. Der Wechsel war im Juni erfolgt, nachdem McChrystal sich in einem Interview abfällig über Obama und andere Mitglieder der demokratischen Administration geäußert hatte. Angesichts all dieser Schwierigkeiten hoffen die US-Demokraten, dass die Kabuler Konferenz einen positiven Impuls in der amerikanischen Afghanistan-Debatte setzen und die eigenen Chancen im Wahlkampf verbessern wird. Die Aussage des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, afghanische Kräfte könnten bis zum Jahr 2014 die Hauptverantwortung für die Sicherheit in ihrem Land übernehmen, ist für die Obama-Administration eine wichtige Erfolgsmeldung. Im Gegenzug verlangt Karzai jedoch ein größeres Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der internationalen Hilfsgelder für Afghanistan.

Grundpfeiler der Außen- und Sicherheitspolitik von Barack Obama

Die Unterschiede zwischen Obamas Sicherheitspolitik und derjenigen seines Amtsvorgängers betreffen zwei Grundfragen der außenpolitischen Orientierung. Erstens: Sollen sich die USA aktiv in die internationale Politik einmischen oder sich vornehmlich auf nationale Angelegenheiten konzentrieren? Zweitens: Soll das internationale Engagement der USA in erster Linie der Durchsetzung amerikanischer Interessen auf der Basis nationaler Stärke dienen oder vielmehr mit und für die internationale Gemeinschaft wirken?

Idealtypisch kann man die verschiedenen außenpolitischen Schulen in den USA folgendermaßen einordnen:[1]

[1] Diese Typologie beruht auf einem dreidimensionalen Modell, das neben den Dimensionen Uni-/Multilateralismus und Internationalismus/Isolationismus auch Überzeugungen hinsichtlich Militarismus beinhaltet (Chittik/Billingsley/Travis 1995: 313-14). Zur Geschichte dieser außenpolitischen Denkschulen vgl. Hogan (1999: 356-62).

	Isolationisten	Internationalisten
Multilateralisten	Demokraten / Republikaner	Demokraten
Unilateralisten	Republikaner	Demokraten / Republikaner

Die Anschläge vom 11. September 2001 wurden in den USA als elementare Bedrohung wahrgenommen und mobilisierten die Anhänger einer Politik der Stärke. Sie ebneten den Weg für die unilateralen Interventionen der Bush-Administration im Zuge des Krieges gegen den Terrorismus (*War on Terror)*. Doch während in der Begründung des Afghanistan-Feldzuges noch realpolitische Elemente überwogen, gewannen bei der Rechtfertigung des Irakkrieges idealistische Argumentationen an Bedeutung. Diese Mischung aus Realpolitik und vordergründig moralischen Elementen, also „vorsorgliche" Militärschläge und erzwungene Regimewechsel als Mittel zur Demokratisierung anderer Staaten, gilt als Quintessenz neokonservativer Außenpolitik. Sie wird heute innerhalb wie außerhalb der USA weitgehend abgelehnt (Mead 2010; Kagan 2008).

Obamas Versuch, internationale Verpflichtungen sowie politische und militärische Alleingänge der USA zu reduzieren, ordnet seine Politik einer Traditionslinie der „multilateralen Isolationisten" zu. Hierzu passt seine Überzeugung, dass die demokratische Idee in der Welt am besten gefördert werde, wenn die USA sie im eigenen Land vorbildlich praktizierten. Obama möchte im demokratischen System der USA individuelle Freiheiten und Bürgerrechte wiederherstellen, die in den Jahren des *War on Terror* stark eingeschränkt worden sind. Vor diesem Hintergrund ist auch sein Einsatz für die Schließung des Gefangenenlagers auf Guantánamo zu verstehen. Gerade hierbei zeigen sich beispielhaft die Schwierigkeiten der Kurskorrektur, denn bislang wurde keine Lösung für das Guantánamo-Problem gefunden. Die Gratwanderung, die Obama vollziehen muss, offenbarte sich auch in seiner viel beachteten Kairoer Rede 2009 zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der „muslimischen Welt". Das Kairoer Publikum applaudierte Obama bereits beim Stichwort „Demokratie". Gegen Ende seiner Rede betonte er, dass er diese Demokratie niemandem aufzwingen wolle. Dies weist darauf hin, dass Obamas zunehmender „Isolationskurs" die Menschen in der Region ebenso enttäuschen könnte wie Bushs Selbstgefälligkeit sie erzürnt hat (Packer 2010).

Obama sieht keinen direkten Zusammenhang zwischen Regimetyp und verantwortungsbewusster Außenpolitik. Seiner Ansicht nach dient ein Dialog mit Verbündeten und potentiellen Partnern den Sicherheitsinteressen der USA mehr als Interventionen in „moralischem Gewand". Die USA seien grundsätzlich zu Gesprächen mit jedem Staat bereit, unabhängig davon, ob dessen Machthaber demokratisch legitimiert sind oder nicht. Diese Überzeugung schlägt sich in der Außenpolitik konkret in Obamas Öffnungsangebot gegenüber Iran nieder, das er früh öffentlich kommuniziert hat. Obamas Versuche, die USA und Iran nach Jahrzehnten der Entfremdung wieder einander anzunähern, stehen aber vor einem Dilemma: Selbst wenn diese Strategie langfristig erfolgreich wäre, weil sie das Verhältnis der USA zu Iran normalisieren und Teheran zu einem Teilhaber der amerikanisch geprägten Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten würde, ist die Gefahr groß, dass sie frühzeitig scheitern könnte. Innenpolitisch wird eine solche Strategie Obama eher als Schwäche angelastet und zudem vorgeworfen, dass er damit angesichts der Lage in Iran Menschenrechte kompromittiert (Kupchan 2010: 130 f.).

Obamas Angebot an Teheran darf nicht als naiv bewertet werden. Genau wie seine Vorgänger arbeitet er an einem internationalen Konsens zur Unterstützung härterer Sanktionen. Dieser scheiterte bisher am Widerstand Russlands und vor allem Chinas. Obamas Erfolgsbilanz fällt in diesem Punkt kaum schlechter aus als die seiner Vorgänger. Die jüngst verschärften UN-Sanktionen gegenüber Iran bedeuten jedoch durchaus einen Fortschritt. Dies zeigt, dass die Chancen auf einen internationalen Konsens in der Iranpolitik durch Obamas weniger konfrontatives Vorgehen gestiegen sind. So dürften die führenden Staaten Europas, die vor einigen Jahren ähnliche Versuche unternommen haben, die neue Strategie ebenso begrüßen wie die arabischen Staaten. Auch sie stehen einem iranischen Atomprogramm kritisch gegenüber, mussten aber zu Zeiten der Bush-Regierung den Ruf fürchten, einen anti-islamischen Kreuzzug der USA zu unterstützen (Brzeziński 2010: 23).

Prinzipiell unterscheidet sich Obamas Ansatz deutlich von dem seines Vorgängers und knüpft an tradierte Werte amerikanischer Außenpolitik an. Weshalb wird er dennoch so stark kritisiert und woran lässt sich der praktische Erfolg seiner Außenpolitik messen? Obamas Gegner führen an,

dass der Präsident die USA in eine Position der Schwäche manövriert habe, weil er die Möglichkeit eines Militärschlages gegen Iran vorerst ausschließt (Kupchan 2010: 121). Bei dieser Kritik wird vergessen, dass die in Afghanistan und Irak gebundenen US-Truppen unmittelbar Ziel eines Gegenschlags hätten werden können und ein Angriff auf Iran daher auch zu Zeiten Bushs kaum eine realistische Möglichkeit darstellte (Brzeziński 2010: 24). Selbst jenseits der militärischen Option war der offizielle harte Kurs gegenüber Iran bereits unter Bush gemildert worden. Ohne die Kooperation mit Iran ist das ohnehin gefährdete Ziel, die amerikanischen Truppen in absehbarer Zeit und ohne Gesichtsverlust aus Afghanistan abzuziehen, praktisch unmöglich. Genau dies ist jedoch das Kernstück der außenpolitischen Agenda von Barack Obama.

Der Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan als sicherheitspolitische Priorität der USA

Die Mission in Afghanistan war aufgrund ihres internationalen Mandats im Gegensatz zum Einsatz im Irak aus Obamas Sicht eine richtige Entscheidung. Nach seinem Amtsantritt machte er die Lage am Hindukusch zum außenpolitischen Hauptanliegen seiner Präsidentschaft. Im ersten Amtsjahr kündigte seine Administration sogleich zwei Strategieanpassungen an. Im März 2009 wurde ein Weißpapier mit folgenden Kernpunkten veröffentlicht:[2]

- die regionale Dimension des Konfliktes soll stärker beachtet und die Nachbarländer einbezogen werden;
- künftig werden Terroristen mit globalen Zielsetzungen von solchen mit rein lokalen Ambitionen unterschieden; letzteren werden in gesprächsbereite und unversöhnliche Aufständische unterteilt.

Im Herbst 2009 erfolgte eine weitere Evaluierung der US-Strategie, deren Ergebnis Obama im Dezember 2009 in der Militärakademie *West Point* verkündete. Zunächst würden die US-Truppen erneut um 30.000 Soldaten verstärkt,[3] um dann im Juli 2011 ihren Abzug einzuleiten (D'Souza 2009). Mit seiner *West Point*-Rede hat Obama hauptsächlich auf Forderungen aus Kreisen der Militärführung reagiert, die ohne Truppenaufstockung und ohne den Übergang zur gezielten Bekämpfung von Aufständischen – COIN-Strategie – die Afghanistan-Mission als aussichtslos erachteten. Mit der Verkündung eines konkreten Datums für den Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan versucht Obama wiederum, den Wünschen kriegsmüder Amerikaner nach einer friedlicheren Außenpolitik nachzukommen. Der Afghanistan-Einsatz ist schon jetzt der längste Kriegseinsatz in der Geschichte der USA.

Aufgrund der Kombination von intensivierter Militärkampagne und Abzugsplan handelte sich Obama den Vorwurf der Inkonsistenz ein. Aus seiner Perspektive fügt sich sein Vorgehen aber nahtlos an die Bemühungen an, das internationale Engagement der USA zurückzufahren. Darin sieht er das erklärte Ziel seiner Außenpolitik, wohingegen eine kurzfristige Truppenaufstockung lediglich ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles sei. Im Blickwinkel der COIN-Strategie, die maßgeblich vom entlassenen ISAF-Kommandeur McChrystal geprägt wurde, wirkt die Zeitvorgabe für den amerikanischen Truppenabzug bis 2011 in der Tat sehr knapp. Die COIN-Strategie sieht vor, die Sicherheit im gesamten Land sowie die Autorität der Zentralregierung bis in die afghanischen Provinzen durchzusetzen. Bei entsprechenden Einsätzen sollen zivile Opfer vermieden werden, selbst wenn diese Vorgehensweise höhere Risiken für die Soldaten mit sich bringt. Angesichts der eskalierenden Gewalt und der steigenden Verluste auf Seiten der Truppen könnten die entsprechend strengen Einsatzregeln unter dem neuen Kommandeur Petraeus bald wieder gelockert werden. Abgesehen davon wurde – wohl auch mit Blick auf die anstehenden Zwischenwahlen in den USA – betont, dass der Wechsel in der Kommandospitze keinen neuerlichen Strategiewandel bedeutet.

Obama räumt der multilateralen Legitimierung der Afghanistan-Mission und der Abstimmung mit den am Einsatz beteiligten Staaten einen hohen Stellenwert ein. Sein verstärkter Multilateralismus bedeutet allerdings auch, dass NATO-Partner mehr Verantwortung übernehmen müssen. In der anfänglichen Begeisterung für Obama wurde in Europa diese klare Forderung gern überhört, obwohl er dies bereits während seines Wahlkampfes angekündigt hatte, zum Beispiel

[2] Vgl. http://www.whitehouse.gov/assets/documents/afghanistan_pakistan_white_paper_final.pdf.

[3] Obama hatte bereits nach seiner Amtseinführung eine Truppenerhöhung um 21.000 Soldaten genehmigt.

in seiner umjubelten Rede in Berlin im Juli 2008. Nach seinem Amtsantritt forderte Obama die NATO dementsprechend auf, im Jahr 2010 ebenfalls 10.000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan zu entsenden. Mit der Perspektive des Truppenabzugs vor Augen wird es umso wichtiger, in Afghanistan und seiner Nachbarschaft tragfähige Verhältnisse zu schaffen. Innerhalb Afghanistans setzen die USA besonders auf einen beschleunigten Aufbau der afghanischen Armee und Polizei. Durch intensivierte Ausbildungsmaßnahmen und gemeinsamen Einsatz mit internationalen Sicherheitskräften („Partnering") sollen diese bis zum Jahr 2014 in der Lage sein, selbst die Verantwortung für die Sicherheit in ihrem Land zu tragen (O'Hanlon 2010).[4] Diese Erwartung mag nach Jahren relativ erfolgloser Bemühungen verfehlt erscheinen. Man kann daraus aber auch eine pragmatische Linie herauslesen, z.B. wenn zur Erreichung eines festgesetzten Umfanges des afghanischen Sicherheitsapparates Abstriche bei dessen Qualität hingenommen werden.

Für die Einschätzung, die Obama-Administration verfolge in Afghanistan einen äußerst pragmatischen Kurs, spricht ihr Umgang mit der Karzai-Regierung. Während sich die USA im Vorfeld der afghanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2009 angesichts massiver Korruptionsvorwürfe von ihr distanziert hatten, findet derzeit eine Wiederannäherung statt. Die amerikanische Kehrtwende verwundert umso mehr angesichts der Tatsache, dass erhebliche Wahlfälschungen durch das Karzai-Lager als erwiesen gelten. Zudem hat sich der afghanische Präsident im letzten Jahr vermehrt rhetorische Eskapaden gegenüber den USA erlaubt (indem er zum Beispiel behauptete, die in Afghanistan engagierte internationale Staatengemeinschaft habe die Wahlen manipuliert).

Die Ziele des Einsatzes in Afghanistan sind nach und nach auf einen dreiteiligen Minimalkonsens reduziert worden: Extremisten besiegen, selbsttragende Sicherheitsstrukturen schaffen und eine funktionierende Regierung aufbauen. Nachdem sich die am Einsatz beteiligten Staaten längst von der Vorstellung eines demokratischen und prosperierenden Rechtstaates in Afghanistan verabschiedet haben, werden nun die Minimalziele so umdefiniert, dass sie als erfüllt gelten können, wenn der Truppenabzug beginnt. So unterscheiden politische Strategen in den USA nicht mehr zwischen *good* und *bad governance*, sondern zwischen „guten" und „bösen" Taliban.[5] Die Karzai-Regierung wird unterstützt, weil sie derzeit trotz aller Schwächen die stabilste Option für einen Abzug der internationalen Truppen bietet. Als Hauptfeind wurde das al-Qa'ida-Netzwerk ausgemacht, wobei dessen Bekämpfung eine globale Herausforderung darstellt, die auch nach einer Truppenreduzierung in Afghanistan verfolgt werden kann. Der lokale Aufstand in Afghanistan soll zum einen durch die erhöhte Truppenstärke binnen Jahresfrist gebrochen werden. Zum anderen will man weniger fundamentalistische Aufständische in das Herrschaftsgefüge integrieren.[6] Angesichts der begrenzten Ressourcen kann ein derartig schneller Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte zu einer Stärke von insgesamt über 300.000 Mann nur gelingen, wenn auch Stammesmilizen einbezogen werden (D'Souza 2009). Alles in allem ist die neue Afghanistan-Strategie der USA vornehmlich am Kriterium der Effizienz ausgerichtet.

Auswirkungen der amerikanischen Afghanistan-Strategie auf die Nachbarregionen Afghanistans

Obama äußerte frühzeitig seine Überzeugung, dass der Afghanistan-Konflikt eng mit den Sicherheitsdynamiken in den umliegenden Regionen des Nahen Ostens, Zentralasiens und insbesondere Südasiens verwoben ist. Deshalb wollte er das amerikanische Engagement in Afghanistan und in Südasien harmonisieren und einen Sonderbeauftragten für die gesamte Region ernennen. Dies scheiterte jedoch am Widerstand der indischen Regierung. Neu Delhi lehnt eine internationale Einmischung in die Auseinandersetzung mit Pakistan, insbesondere in den Kaschmirkonflikt, strikt ab. Des Weiteren wollte Indien keinesfalls mit dem Problembereich Afghanistan-Pakistan assoziiert werden und setzte sich erfolgreich dafür ein, aus dem Portfolio des US-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, ausgespart zu werden. Entsprechend schwerwiegend war das diplomatische Debakel für Pakistan, denn es wurde nicht nur öffentlich vom Verbündeten der USA zu einem problematischen Kli-

[4] Vgl. auch Entwurf des Abschlusskommuniques der Kabuler Konferenz, derzeit veröffentlicht unter http://www.nytimes.com/2010/07/21/world/asia/21kabultext.html.

[5] Für eine ähnliche, wenn auch nicht deckungsgleiche Einschätzung, vgl. Rudolf (2010: 13-23).

[6] Vgl. http://www.nytimes.com/2010/07/21/world/asia/21kabultext.html.

enten degradiert. Vielmehr machte Obamas neue Strategie endgültig klar, dass Pakistan aus der Perspektive der USA nicht mehr auf einer Ebene mit Indien steht. Jahrzehntelang war die Rede vom obligatorischen Bindestrich der amerikanischen Politik gegenüber „Indien-Pakistan". Pakistan hatte diese Verbindung begrüßt, Indien sie stets zurückgewiesen. Nun war plötzlich „AfPak" in aller Munde und nicht mehr Kaschmir galt als einer der gefährlichsten Orte der Welt (wie noch unter Bill Clinton), sondern die von paschtunischen Stämmen dominierten Grenzregionen zwischen Pakistan und Afghanistan. Dass „AfPak" für Pakistan einen diplomatischen Affront bedeutet, ist mittlerweile auch in den USA bekannt. Das Akronym wird daher kaum noch benutzt.

Doch auch in Indien war die Freude über den anfänglichen diplomatischen Erfolg gegenüber der Obama-Administration bald verflogen. Die unterschiedlichen Interessen der USA und Indiens hinsichtlich des amerikanischen Engagements in der Region wurden in Obamas *West Point*-Rede deutlich.[7] Aus indischer Sicht ist die Vorstellung, „gute" Taliban an der afghanischen Regierung zu beteiligen, ebenso absurd wie die Ankündigung eines konkreten Datums für den Truppenabzug zu Beginn einer COIN-Strategie. Die Extremisten wüssten jetzt genau, wie lange sie sich im Hintergrund halten müssen, um danach zu triumphieren. Indien fühlt sich zudem in den internationalen Stabilisierungsbemühungen um Afghanistan marginalisiert. Im Abschlusskommunique und der Ergebniserklärung der internationalen Londoner Afghanistankonferenz vom Januar 2010 wird Indien nicht erwähnt, obwohl es mit Hilfsgeldern in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar unter den Staaten der benachbarten Regionen den größten finanziellen Beitrag zur Stabilisierung Afghanistans geleistet hat.[8] Innerhalb der indischen Regierung setzt sich die Einsicht durch, dass der eigene Einsatz nicht ausreichend beachtet wird, weil Indien keine Truppen in Afghanistan stationiert hat. Pakistan hingegen wurde zwar als Teil des Konflikts benannt; da es jedoch auch als Schlüssel zu dessen Lösung gilt, kann es die Zukunft Afghanistans weiterhin an prominenter Stelle mitbestimmen (Rudolf 2010: 27-29). Offenbar hat die indische Strategie eines starken humanitären Profils in Afghanistan mit minimaler Sicherheitskomponente nicht den gewünschten Erfolg bewirkt. Anschläge auf indische Einrichtungen in Afghanistan nehmen zu, ohne dass die Regierung in Neu Delhi auf internationalem Parkett das erhoffte Mitspracherecht bezüglich der Entwicklungen des Landes eingeräumt wird.

Kurzfristige Effizienz ist demnach auch für die regionale Dimension der amerikanischen Afghanistan-Strategie zum alles überwiegenden Kriterium geworden. Obamas anfängliche Überlegungen hinsichtlich eines ausgewogenen regionalen Ansatzes sind schrittweise einer pragmatischen, schnell umsetzbaren Lösung nach dem Prinzip gewichen: Wie kann ein Maximum an Stabilität in kürzester Zeit erreicht werden? In der Region lösen diese Aussichten aus guten Gründen Besorgnis aus. Afghanistan und Pakistan fürchten, erneut von den USA im Stich gelassen zu werden. Auch in Indien sieht man dem amerikanischen Truppenabzug mit Unbehagen entgegen. Dementsprechend richtet man sich in der Region auf die Zeit nach dem Rückzug der internationalen Truppen ein, denn die Taliban ließen bereits wissen: „Die Amerikaner haben die Uhren, wir haben Zeit" (D'Souza 2009).

Fazit

Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik hat sich seit Obamas Amtsantritt gewandelt. Obamas Vorgehen steht in der Tradition der „multilateralen Isolationisten" und damit in deutlichem Kontrast zu den unilateralen Interventionen der *Neocons*. Die außenpolitischen Probleme der USA lassen sich jedoch nicht allein durch veränderte Positionen und Strategien bewältigen. Gerade in Südasien verursachte Obamas Wahlsieg von Anfang an mehr Skepsis als Begeisterung. In Regierungskreisen wurde befürchtet, dass das Verhältnis zu den USA nach seinem Amtsantritt schwieriger würde, schließlich profitierte man auch von Bushs Fixierung auf den *War on Terror*. So kann man in Neu Delhi aufgrund des Nuklearabkommens mit den USA, in Islamabad aufgrund von Blankoschecks im Kampf gegen al-Qa'ida nicht allzu unzufrieden mit der Bilanz der Bush-Jahre sein.

Obamas vorsichtige und pragmatische Außenpolitik erinnert in einigen Zügen an einen klassisch realistischen Ansatz. In seiner Politik der Reduzierung militärischer Verpflichtungen und dem Abbau überholter diplomatischer Verhärtungen

[7] Vgl. http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan.

[8] Vgl. http://afghanistan.hmg.gov.uk/en/conference.

kann man gar Parallelen zu Kissingers und Nixons Rückzug aus Vietnam und ihrer Öffnung gegenüber China sehen. Allerdings bewiesen Kissinger und Nixons bei ihrem Öffnungsmanöver mehr taktisches Geschick, indem sie die Verhandlungen erst öffentlich machten, als ihnen der Erfolg sicher schien. Sie vermieden damit, unter dem Druck sowohl konservativer als auch liberaler Kritik im eigenen Land vorzeitig aufgeben zu müssen. Obama dagegen könnte ein solches Schicksal drohen, weil er dadurch, dass er dem Afghanistan-Konflikt Priorität eingeräumt hat, und durch sein frühes Verhandlungsangebot an Iran die Erwartungen selbst in die Höhe getrieben hat.

Mit seinem Einstieg in die COIN-Strategie sehen Kritiker Obama in Afghanistan unterdessen genau in die Falle laufen, die er durch seinen pragmatischen Ansatz hatte vermeiden wollen: in ein langwieriges Projekt des *nation building* verwickelt zu werden. Sollten die erhofften Erfolge binnen Jahresfrist nicht erzielt werden, dürfte sich ein Truppenabbau nur schwer rechtfertigen lassen. Vor den Zwischenwahlen 2010 wird sich die Obama-Administration jedoch kaum zu einer möglichen Verschiebung des Abzugdatums äußern wollen.

Literatur

Brzezinski, Zbigniew (2010), From Hope to Audacity: Appraising Obama's Foreign Policy, in: *Foreign Affairs*, 89, 1, 16-30.

Chittick, William, Keith Billingsley und Rick Travis (1995), A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs, in: *International Studies Quarterly*, 39, 3, 313-331.

Cook, Charles (2010), Preparing for the Worst: Democrats' Fears of the 2010 Midterm Elections, in: *The Washington Quarterly*, 33, 2, 183-189.

D'Souza, Shanthie Mariet (2009), *Obama's Afghan Strategy: Regional Perspectives*, <http://atlanticreview.org/archives/1351-Obamas-Afghan-Strategy-Regional-Perspectives.htm> (28.05.2010).

Hogan, Michael (1999), Partisan Politics and Foreign Policy in the American Century, in: Hogan, Michael (Hrsg.), *The Ambiguous Legacy, U.S. Foreign Relations in the „American Century"*, Cambridge: Cambridge University Press, 356-377.

Kagan, Robert (2008), *Neocon Nation: Neoconservatism, c. 1776*, online: <ww.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=20196> (25.05.2010).

Kupchan, Charles (2010), Enemies into Friends, in: *Foreign Affairs*, 89, 2, 120-134.

Mead, Walter Russell (2010), The Carter Syndrome, in: *Foreign Policy*, 1, online: <www.foreignpolicy.com/articles/2010/01/04/the_carter_syndrome> (24.05.2010).

O'Hanlon, Michael (2010), *The United States Should Engage More Afghan Actors*, online: <www.brookings.edu/opinions/2010/0519_afghanistan_engagement_ohanlon.aspx> (26.05.2010).

Packer, George (2010), Rights and Wrongs, in: *The New Yorker*, 17.05.2010, online: <www.newyorker.com/talk/comment/2010/05/17/100517taco_talk_packer> (26.05.2010).

Rudolf, Peter (2010), *Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie: Analyse und Bewertung*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 10, online < http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=7084> (28.05.2010).

Schneider, Peter (2006), Sie nennen ihn Kennedy, in: *Die Zeit*, 2.11.2006, online: <http://www.zeit.de/2006/45/Barack-Obama?page=all> (27.05.2010).

Die Autorin

Melanie Hanif, M.A., ist Mitarbeiterin im Regional Powers Network (RPN) am GIGA und Doktorandin an der Universität Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Theorien der Internationalen Beziehungen, regionale Führungsmächte sowie Sicherheit, Konflikte und US-Außenpolitik in Südasien. Derzeit ist sie Gastdoktorandin am Department of Politics and International Relations der Universität Oxford.

Email: hanif@giga-hamburg.de, Website: http://staff.giga-hamburg.de/hanif

GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des Regional Powers Network (RPN) und das Graduiertenprogramms *Regional Powers* werden der Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten erforscht. Die Mitarbeiter(innen) und Doktorand(inn)en befassen sich mit Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten und analysieren deren Interaktion mit etablierten Mächten, insbesondere in Europa und den USA. Beide Programme werden im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation finanziert (2008-2012).

GIGA-Publikationen zum Thema

Beck, Martin (2009), *Nahostpolitiker wider Willen? Der israelisch-palästinensische Konflikt als Herausforderung für Barack Obama*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Godehardt, Nadine, Melanie Hanif und Ryoma Sakaeda (2009), *Sicherheitspolitische Herausforderungen der Regierung Obama in Asien*, GIGA Focus Asien, 1, online <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Hanif, Melanie (2009), *Die regionale Dimension des Afghanistankonfliktes in Obamas „AfPak-Strategie": Lessons Learned?*, GIGA Focus Global, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Nolte, Detlef und Christina Stolte (2009), *Ein Neuanfang in den Amerikas: Zur Lateinamerikapolitik der Regierung Obama*, GIGA Focus Lateinamerika, 4, online <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Van de Walle, Nicolas (2009), *US-Afrikapolitik: Bushs Vermächtnis und die Regierung Obama*, GIGA Focus Afrika, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

open access

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons*-Lizenz *Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Andreas Mehler; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und André Bank;

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien